

Schwere Unruhen fordern mindestens 11 Tote

Massive Demonstrationen begleiteten die Sondersitzung der Beratenden Volksversammlung (SI MPR), die zwischen dem 10. und 13. 11. 1998 in Jakarta stattfand. Es konnte nicht verhindert werden, daß es zu Zusammenstößen mit den massiv aufgebotenen Sicherheitskräften kam; ebenso wenig, wie daß die politisch motivierten Proteste wie schon im Mai zu Plünderungen

chen studentischen Aufmärschen in 16 Städten, darunter Medan (Sumatra), Bogor, Bandung, Surabaya, Yogyakarta (alle Java), Ujung Pandang (Sulawesi), Denpasar (Bali), Pontianak und Banjarsamin (Kalimantan). In ihnen wurde die Vorgehensweise des Militärs am Vortag verurteilt und wie in den Tagen zuvor die Regierung zu umfassenden

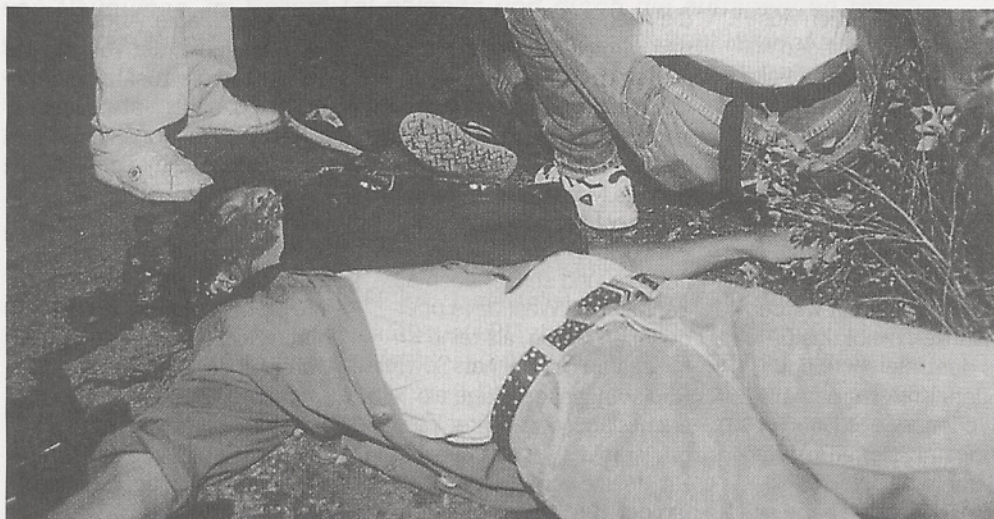
In der Hauptstadt Jakarta versuchten Tausende von Studenten bis zum Parlamentsgebäude vorzudringen, was ihnen aufgrund der Abriegelung des Geländes durch Sicherheitskräfte jedoch nicht gelang. Am Freitag den 13. November wurde die Stimmung zusehends gereizter, als deutlich wurde, daß der MPR gegenüber zwei der studentischen

nachrichten

Gruppen für die darauffolgende Eskalation der Lage verantwortlich waren. Bei den wiederholten Zusammenstößen mit der Polizei und paramilitärischen Gruppen kamen mindestens elf Menschen ums Leben; Dutzende wurden leicht bis schwer verletzt.

Als Reaktion auf die an den Mai diesen Jahres erinnernden Auswüchse übertrug Präsident Habibie seinem Verteidigungsminister und Militärchef General Wiranto die Aufgabe, die Ordnung notfalls mit dem Einsatz von Gewalt wiederherzustellen, auch da Habibie am 17. November in Kuala Lumpur zum Treffen der APEC-Mitglieder erwartet wurde.

vgl. *Republika* 14.11.98, *Kompas*, 15.11.98, *Waspada*, 15+16.11.98



Opfer der Unruhen

und Übergriffen auf die ethnische Minderheit der Chinesen führten. Die Polizei setzte Tränengas und Gummigeschosse ein, um die Situation unter Kontrolle zu behalten.

Am Samstag, den 14. November, kam es zu zeitglei-

Reformmaßnahmen aufgefordert. In Medan, Pontianak und Denpasar besetzten die Demonstranten die örtlichen Flughäfen. Mit Ausnahme einiger weniger kleinerer Zwischenfälle verliefen diese Aktionen jedoch relativ geordnet.

Hauptforderungen — das gerichtliche Vorgehen gegen Ex-Präsident Suharto und den Ausschluß des Militärs aus den Volksvertretungen — in den Augen vieler nicht umfangreich genug nachkommen werden. Noch ist nicht geklärt, welche

Rolle von 17 Prominenten überprüft

Die Unruhen vom 12. und 13. November haben offenbar ein Nachspiel für mehrere prominente Idole der Demokratiebewegung. Zwei Tage nach Beendigung der »Sondersitzung der Beratenden Volksversammlung« (SI MPR) wurden Fürsprecher der Studentenbewegung wie die ehemaligen hohen Offiziere Kemal Idris und Ali Sadikin oder der Vorsitzende der Partei PUDI, Sri Bintang Pamungkas, in ihre Häuser von der Polizei aufgesucht. Ein Gutteil der Betroffenen ist Mitglied im sogenannten »Nationalen Communiqué« (Komunike Nasional), einer nach eigener Einschätzung »moralischen Bewe-

gung«, welche die Sache der Studenten unterstützt. Stein des Anstoßes ist ein Punkt in einer Deklaration des Zusammenschlusses, den die amtierende Regierung womöglich als umstürzlerisch klassifizieren will. Gleichfalls soll untersucht werden, inwieweit die 17 indirekt für die Eskalation der Demonstrationen verantwortlich sind. Auch über die Rolle des Generalvorsitzenden der Nahdlatul Ulama, Abdurrahman Wahid, soll in diesem Zusammenhang eine Bewertung erfolgen. Sri Bintang Pamungkas wertete die Maßnahmen als Aktion im Stil des Suharto-Regimes.

vgl. *Waspada*, 16.11.98

»Nationaler Dialog« stellt Forderungen

Die Initiative des Zusammenschlusses zwischen Abdurrahman Wahid (Generalvorsitzender der Nahdlatul Ulama), Megawati Sukarnoputri (PDI), Amien Rais (PAN) und Sultan Hamengkubuwono X., bekannt unter dem Namen Dialog Nasional, erhielt Zustimmung von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, darunter auch von Mitgliedern des MPR (»Beratende Volksversammlung«). Die vier Initiatoren gelten als prominenteste Fürsprecher der demokratischen Studentenbewegung, die von dieser auch gleichermaßen akzeptiert werden.

Die wichtigsten Punkte des Forderungskataloges lauten

wie folgt: Die schrittweise Abschaffung der politischen Rolle der indonesischen Streitkräfte (ABRI) in den sechs kommenden Jahren. Zweitens, konsequentes Vorgehen gegen Korruption, Filz und Vetternwirtschaft und die Untersuchung des Suharto'schen Vermögens. Drittens, die Bewahrung der indonesischen Einheit. Viertens, die Wiederherstellung der Volkssouveränität sowie die Stärkung demokratischer Institutionen unter der baldigen Abhaltung freier Parlamentswahlen.

vgl. *Suara Merdeka*, 11.11.98, 12.11.98, *Waspada*, 12.11.98

Abschlußbericht zu Mai-Unruhen

Nach den Worten von Marzuki Darusman, Vorsitzender des sogenannten »Bündnisses zur Klärung der Faktenlage (im Zusammenhang der Ereignisse) vom 13.-15.Mai« (TGPF), be- ruhten die damaligen Ausschreitungen, denen kurze Zeit später der Rücktritt Präsident Suhartos folgte, auf zwei hauptsächlichen Ursachen: den »Ringkampf« (Darusman) innerhalb der politischen Elite und dem verheerenden Zustand der indonesischen Geldwirtschaft.

Der 27seitige Abschlußbericht ist das Ergebnis dreimonatiger Untersuchungen in den Städten Jakarta, Solo, Palembang, Lampung, Surabaya und Medan, die von einem insgesamt 30-Mitglieder starken Komitee durchgeführt wurden. Sein Hauptaugenmerk richtete das TGPF auf ein angeblich konspiratives Treffen am 14. Mai 1998 in Jakarta zwischen indonesischen Intellektuellen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und Vertretern des Militärs in der Zentrale des militärischen »Strategischen Kommandos« (Kostrad). Die indonesische Regierung wird hierbei zu einer Nachbereitung der Ereignisse aufgefordert. Zweitens pocht der Abschlußbericht auf ein militärisches Gerichtsverfahren gegen den ehemaligen Chef Kostrads und Schwiegersohn Suhartos, General-Leutnant Prabowo Subianto sowie den früheren Leiter der Armee-Einheiten Jakar-

tas, General-Mayor Sjafrie Sjamsuddin. Prabowo muß sich darüber hinaus bereits zu der Entführung und Mißhandlung mehrerer Aktivisten verantworten.

Uneinigkeit besteht weiterhin über Ausmaß und politische Tragweite der damaligen — in ihrer Authentizität bisweilen angezweifelte — Massenvergewaltigungen an ethnischen Chinesinnen. Der Bericht hält an der Zahl von 52 Opfern fest, wobei bei in nur drei Fällen Aussagen der Opfer vorliegen sollen. Unter den restlichen Fällen berufen sich u.a. drei auf die Aussagen ihrer Eltern, neun auf ärztliche Untersuchungen und 27 auf den Befund spiritueller Heiler. Ferner konnte nicht abschließend geklärt werden, ob die Vergewaltigungen systematisch durchgeführt wurden.

Im Ganzen bleibt das Ergebnis der Untersuchungen umstritten; Kritik wurde von verschiedener Seite laut. Verteidigungsminister und Militärführer Wiranto beispielsweise monierte, das Team habe seine Aufgabe, die in der reinen Darlegung von Fakten gelegen habe, bereits verlassen und statt dessen eine Analyse der Vorfälle vorgelegt. Eine Prüfung des Berichtes von unabhängiger Seite soll folgen, auch da von erheblichen Differenzen innerhalb des TGPF berichtet wird.

vgl. *Tempo*, *Ummat* 12.11.98, *Gatra* 14.11.98

Mysteriöse Mordserie an Geistlichen

Ost-Java ist seit nunmehr vier Monaten Schauplatz einer mysteriösen Mordserie an islamischen Geistlichen. Anfänglich wurden die Opfer als Anhänger schwarzer Magie bezeichnet. In auffallender Ähnlichkeit zu den sogenannten ominösen »Petrus-Morden« der frühen 1980er, bestanden die Mörderbanden aus sechs bis zehn Männern (andere Quellen berichten jedoch von 20-40), die nach Zeugenaussagen einen »professionellen« und trainierten Eindruck hinterließen und systematisch vorgegangen seien. In den offiziellen Aussagen der Regierung werden die Morde, die im August in der ostjavanischen Stadt Banyuwangi ihren Anfang nahmen und seither auch auf Zentral- und West-Java übergreifen haben, als reine Kriminaltaten bezeichnet. Sowohl Regierungsangehörige als auch islamische Führer interpretieren die Verbrechen als Racheakte von Sympathisanten der 1965/66 vernichteten »Kommunistischen Partei« (PKI).

Umfragen der Jakarta Post und des Polit-Magazins D&R belegen jedoch, daß die Mehrheit der Bevölkerung eine andere Ansicht vertritt. So besteht bei mehr als 90 Prozent der Befragten die Meinung, es existierten politische Motive für die Taten mit Ursprung in Regierungs- bzw. Militärkreisen.

Hierunter glauben wiederum etwa ein Drittel, daß gesellschaftliche Gruppen in der Bevölkerung gegeneinander ausgespielt werden sollen.

Nach Ansicht der größten Muslimorganisation Indonesiens, der Nahdlatul Ulama (NU), zielten die Morde direkt auf ihre Mitglieder ab. Die Anzahl getöteter muslimischer Prediger sei weitaus höher als der tatsächliche Anteil von Praktizierenden schwarzer Magie. Abdurrahman Wahid, der Vorsitzende der NU, sorgte zusätzlich für Aufsehen, als er Kabinettsmitglied für die Morde verantwortlich machte (jedoch ohne konkret Namen zu nennen).

Im Oktober ging die lokale Bevölkerung vermehrt zur Selbstverteidigung über, da sie ihre Sicherheit nicht länger durch Polizei und Armee gewährt sah. Mehrere Fälle von Lynchjustiz an vermeintlichen Tätern machten die Runde. In der Presse haben die Mörderbanden als »Ninjas« Eingang gefunden, da sie sich im Stil der japanischen Vorbilder kleideten und maskierten. Dutzende mutmaßliche »Ninjas« sollen sich bereits im Gewahrsam der Polizei befinden. Die Motive und Hintergründe der Taten sind jedoch weiterhin völlig unklar.

vgl. *Republika* 14.11.98, *Suara Merdeka* 23.10.98, 02.11.98, *Tempo (Jakarta Post)* 09.11.98

— Anzeige —

philippinen aktuell



IMMER AUF DEM LAUFENDEN

Mit dem Nachrichtenüberblick
philippinen aktuell.

Thematisch sortiert und original aus philippinischen Tageszeitungen. Jeden Monat die neuesten Entwicklungen in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur in Ihrem Briefkasten.

Ich möchte philippinen aktuell regelmäßig beziehen:

() Jahresabonnement DM 60,-
() Halbjahresabonnement DM 32,-

Das Abo verlängert sich automatisch um den Bestellzeitraum, wenn es nicht eine Woche nach Erhalt der letzten Ausgabe gekündigt wird.

Ich möchte philippinen aktuell testen.

() Blind Date-Abo (1 Ausg.) DM 5,-

Dieses Abo verlängert sich nicht automatisch. Dem Ansichtsexemplar wird ein Bestellschein beigelegt, der im günstigen Falle ausgefüllt und unterschrieben an das philippinenbüro zurückgeschickt werden kann. Wir bitten, dieser Bestellung 5,- DM in Briefmarken beizulegen.

Name und Adresse:

Datum Unterschrift

Den Bestellabschnitt
bitte senden an:
philippinenbüro e.V.,
Bullmannau 11
45327 Essen
Tel: 0201/8303828
Fax: 0201/8303830